

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel.-Adr.: Rotschwarz Berlin, Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-
Expedition GmbH, Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis: bezugsfähig, pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M. einschl.
Erzählerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezugs auschl. Bestell-
geld 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3sp. Ter-
millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf.
Kleine Anz.: Zeitwort 20 Pf., Ueberchriftsw. 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Am 10. Juli in Berlin Einheitskongreß gegen den Faschismus!

An alle Arbeiter und Organisationen in Berlin, Brandenburg, Lausitz-Grenzmark!

Der provisorische Einheitsausschuß für Berlin-Brandenburg beschloß in seiner geistigen Sitzung den folgenden Aufruf an alle Arbeiter und Organisationen in Berlin, Brandenburg, Lausitz und Grenzmark:

Im Auftrage von über 69 Einheitsausschüssen, in denen Sozialdemokraten, Reichsbannerarbeiter, Freigewerkschafter, Kommunisten und Parteiloje gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus führen, wendet sich das vorbereitende Komitee an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen zur Bildung der roten Einheitsfront im Kampf gegen den faschistischen Terror und die faschistische Papen-Regierung.

Die Papen-Regierung, die Regierung der Schwerindustrie, der Junker und Generale, hat mit den Notverordnungen ihr Programm eingeleitet: Die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die Zerstückelung der Arbeiterorganisationen!

Brot und Freiheit haben die Nationalsozialisten den Arbeitern und Beschäftigten versprochen. Die von Hitler unterführte Papen-Regierung aber bringt den Erwerbslosen einen unerhörten neuen Abbau ihrer so sorgsam unterhaltene, den Arbeitern und Angestellten durch die Beschäftigtensteuer einen Lohnabbau von 2½ Prozent, den Kriegs- und Sozialrentnern, den Weisen Abzüge von 6, 5 und 4 Mark, den notleidenden Beschäftigten, den Mietern und Kleingewerbetreibenden neue Steuern, zur Steuererhöhung noch die Salzsteuer. Durch Notverordnung der Papen-Regierung wurde das Scheinverbot der SA aufgehoben, die braunen Terrorbanden legalisiert. Eine neue verstärkte Welle des faschistischen Bluterrors geht über Deutschland.

Terror und Notverordnungen sind Warnsignale für die ganze deutsche Arbeiterchaft

Es gibt darauf nur eine Antwort: Verbreitert die Kampffront der Antifaschistischen Massenaktion! Bildet die Einheitsfront in den Betrieben, Stempelstellen, in allen Häuserblocks! Folgt dem Beispiel der Einheitskomitees in Berlin-Brandenburg!

Den Faschismus könnt ihr nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf der Arbeiterchaft in der antifaschistischen Einheitsfront schlagen.

Die Einheitsfront zum Kampf gegen Faschismus wollen die Millionenmassen der Arbeiter. Unsere antifaschistische Einheitsfront wurde geschaffen im Kampf gegen den faschistischen Terror, gegen die Hungermaßnahmen der Papen-Regierung in den Betrieben, Stempelstellen und Häuserblocks. Wir rufen euch auf, folgt unserem Beispiel! Nur die kämpfende Arbeiterklasse, vereinigt in der antifaschistischen Einheitsfront, kann den Faschismus vernichtend schlagen.

Wir rufen euch auf zum Einheitskongreß aller

Antifaschisten am 10. Juli, vormittags 9 Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Straße.

Die Tagesordnung des Kongresses lautet: „Einheitsfront gegen den Faschismus“.

Wir richten unsere Aufforderung an alle Betriebe und Stempelstellen, an alle Häuserblocks, an jedes Dorf, an alle Arbeiterorganisationen: Nehmt zur Bildung der Einheitsfront gegen den Faschismus Stellung, bildet Einheitskomitees, entsendet Delegierte zum Kongreß aller Antifaschisten nach Berlin!

In den Betrieben wählt die Delegierten in den Betriebsabteilungen oder Belegschaftsversammlungen! In den Stempelstellen oder in Erwerbslosenversammlungen im Wohngebiet wählt die Vertreter der Erwerbslosen.

Aus den Häuserblocks entsendet Delegierte von den Einheitskomitees, den Mieterausschüssen, dem antifaschistischen Massenelbstschutz.

In den Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Sports- und Kulturorganisationen sollen die Delegierten auf Mitgliederversammlungen gewählt werden.

Sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, wählt in euren Gruppenversammlungen Delegierte!

Jeder Delegierte muß sich durch einen Ausweis des Betriebes, des Erwerbslosenausschusses, des Einheitskomitees oder der Arbeiterorganisation, von der er gewählt wurde, ausweisen. Delegiertenkarten werden vorher vom Einheitsausschuß oder im Kongressjahr ausgegeben.

Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock, keine Arbeiterorganisation darf auf dem Kongreß aller Antifaschisten von Berlin-Brandenburg fehlen.

Heraus zur Antifaschistischen Aktion! Es lebe die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter gegen die faschistische Papen-Regierung und den SA-Terror!

Es lebe der Freiheitskampf der Arbeiterklasse!

Metallarbeiter rufen zum Proteststreik

Gestern vormittags 9 Uhr fand für die Metallbetriebe Goldheim und Neh am Kottbuser Ufer im „Erdmannshof“ eine Belegschaftsversammlung statt, in der zu dem faschistischen Mordterror, zum Ueberfall auf den „Vorwärts“, zu dem drohenden Verbot der SPD, und zu den Papen-Notverordnungen Stellung genommen wurde. Eine Entscheidung zum Kampf gegen die faschistische Reaktion in roter Einheitsfront wurde einstimmig angenommen. Die Entscheidung endet mit folgenden Worten:

„Wir beschließen die Vorbereitung zu einem 24stündigen Proteststreik und zu einer gemeinsamen Demonstration aller Berliner Arbeiter gegen Naziterror und Papen-Notverordnung.“

AGG-Turbine beschließt Proteststreik gegen Papen-Notverordnung

Gestern fand nach Arbeitschluß im Betrieb AGG-Turbine eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung statt, an der sehr viele freigewerkschaftlich organisierte Kollegen teilnahmen. Die Arbeiter nahmen einstimmig den folgenden Beschluß an:

1. einen Einheitsausschuß zur Organisation des antifaschistischen Kampfes mit 1 bis 2 Vertretern aus jeder Abteilung, ungeachtet ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationszugehörigkeit, zu bilden.
2. Gegen die am 1. Juli in Kraft tretende Notverordnung der Papen-Regierung einen halbstündigen Proteststreik am 30. Juni um 12 Uhr mittags durchzuführen.
3. Jedes Verbot proletarischer Organisationen mit dem sofortigen Streik zu beantworten und die Arbeiter aller Betriebe zum Generalstreik aufzufordern.
4. Fünf Delegierte zur Antifaschistischen Konferenz am 10. Juli zu entsenden.

Dieser antifaschistische Kampfbeschluß ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil der Betrieb AGG-Turbine mitten im Kampfgebiet in Moabit liegt, so daß die Turbinenarbeiter aus eigener Erfahrung das Wüten des Mordfaschismus beurteilen können. Der Kampfbeschluß der Turbinenarbeiter muß nicht nur für alle Belegschaften der Berliner Betriebe werden. Folgt diesem Beispiel, kämpft in Antifaschistischer Aktion!

Heute Sondernummer: Schlacht- und Viehhof

Mit Stimmzettel gegen Stahlruten

Ein sozialdemokratischer Wahlaufruf

Heute tritt von Papens Notverordnung gegen die Invaliden in Kraft. In einigen Tagen sollen die Erwerbslosen folgen. In Tausenden elenden Arbeiterwohnungen führt Severings Preußen-Notverordnung zur Exzitiation hungernder Familien. Die kapitalistische Expressekapad in der Tabakindustrie besicht aufs neue auf 20prozentigen Lohnraub, wiewohl die Hungerlöhne nur 20 Mark die Woche betragen. Der planvolle Terror der braunen Systembanden läßt die Zahl der verletzten und gemordeten Kommunisten und Reichsbannerarbeiter zu Regionen wachsen. Was erklärt in dieser Stunde der sozialdemokratische Parteivorstand den arbeitenden Massen? Ruft er zum Kampf, zum Streik, zur Massenaktion gegen die faschistische Reaktion, gegen die soziale Knechtung der arbeitenden Massen, gegen die Legalisierung der faschistischen Terrorbanden? Ein hochvoller „Wahlaufruf“ ist seine Antwort auf die brennenden Lebensfragen der arbeitenden Klasse.

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen, so heißt es in dem gestern erschienenen Wahlaufruf des Parteivorstandes der SPD, an das deutsche Volk, „zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli ein Entscheidungstag. Volk, gib acht! Brüder wacht! Kämpft für Demokratie und Sozialismus!“

Läßt euch Invaliden die Renten kürzen? Sollen die Erwerbslosen noch weniger von der Stempelstelle heimbringen! Soll das Unternehmertum noch weiter die Pöbne drücken! Die SPD-Führer stellen euch einen Wechsel auf die Zukunft auf, einen Wechsel auf den 31. Juli. Das ist der „Entscheidungstag“. Bis dahin stillhalten, Disziplin halten, „den Kommunisten nicht auf die Weimruten kriechen!“ „Die Wende kommt, das Morgenrot kommt, wenn ihr sozialdemokratisch wählt.“ Dieser ausschließliche Appell an den Stimmzettel, ausgerechnet jetzt, wo das Papen-Regiment der Schwerindustrie und der Junker die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur vorbereitet, wo die Militärspiegel der Generale und die Stahlruten der Nazis die letzten weniger, von der Bräunung-Regierung noch übriggelassenen Ueberbleibsel zertreten und zerstückeln, ist das keine Verhöhnung der arbeitenden Massen? Mit dem Stimmzettel gegen die Nazi-Stahlruten? Mit dem Stimmzettel gegen Unterjochungsraub? Mit dem Stimmzettel gegen Papens Hunger-Notverordnung?

Die revolutionäre Arbeiterchaft erinnert sich noch sehr gut ähnlich klingender Wahlaufrufe der „Eisernen Front“. Einen „Schicksalstag“ nannten ihre Führer den 18. März, einen „Entscheidungstag“ nannten sie den 10. April, zu einer „Lebenswende“ für das Proletariat erklärten sie den 24. April.

Dreimal in wenigen Monaten haben die SPD-Führer ihre proletarische Wählerchaft zum „Entscheidungstag“ gerufen. Dreimal haben sie erklärt, daß der „Faschismus geschlagen“ sei. „Schlagt Hitler durch Hindenburg“ am 13. März. „Schlagt Hitler durch Hindenburg am 10. April!“ „Schlagt Hitler durch Brüning und Severing“ am 24. April. Habt ihr den Wechsel eingelöst bekommen? Hat euch der „Schicksalstag“ Arbeit und Brot und die Niederwerfung der faschistischen Mordpest gebracht? Hat nicht umgekehrt der sozialdemokratische Stimmzettel in den Armen der drei letzten Wahlkämpfe die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur beschleunigt? Hat nicht der siegliche Kandidat der „Eisernen Front“, von Hindenburg, die Papen-Regierung berufen? Gibt er nicht heute durch Notverordnung den „Schiffen die Straßen frei“?

Aber nicht genug mit einer Verhöhnung der Antifaschistischen Aktion des Proletariats zu einem üblichen Wahlmanöver für Koalitions- und Tolerierungszwecke. Was fordert der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes? „Wir kämpfen für die Aufhebung der Notverordnung“, heißt es in knalligen Zeilen. Wo, fragen wir, mit welchen Mitteln? Dadurch, daß Severing einen gemeinsamen Aufmarsch der Berliner Arbeiterchaft im Berliner Lustgarten verbietet hat? Dadurch, daß Reichsbannerarbeiter vor dem „Vorwärts“ verhaftet werden, als sie die faschistischen Provokateure zurückslugen? Dadurch,